

KULTUR UND ZIVILGESELLSCHAFT

» „Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft: Vernetzt für eine starke Demokratie“.

Ein Projekt der „AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus“



Grit Hanneforth

Kulturwissenschaften,
Kulturmanagement M.A.
GF Kulturbüro Sachsen e. V.
und BAG K+R
post@bagkr.de
www.bagkr.de



Dr. Petra Schickert

Diplom-Sozialpädagogin (FH)
Kulturbüro Sachsen e. V.
Mobiles Beratungsteam Mitte-Ost

Seit 2010 veranstaltet die sächsische „AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus“ jährlich die Tagung „Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft: Vernetzt für eine starke Demokratie“. Die Idee zu diesem Projekt entstand in einer Zeit, in der die Neonaziaufmärsche anlässlich der Luftangriffe auf Dresden am 13. und 14. Februar 1945 ihren Höhepunkt erreicht hatten und die unterschiedlichen Positionen zu Blockaden und Protest in Sicht- und Hörweite als Mittel zivilen Ungehorsams unüberwindlich schienen. Hierbei standen sich zu Beginn die Positionen von Polizei, die das Versammlungsrecht durchsetzen wollte, und Zivilgesellschaft, die ihre Bürger- und Freiheitsrechte auch mit Blockaden und Protest in Sicht- und Hörweite wahrnehmen wollte, gegenüber. Mit diesem Tagungsformat entstand eine Diskussionsplattform, auf der sich beide Seiten im geschützten Raum von Workshops und World-Café-Formaten gegenseitig ihre Positionen vorstellen und miteinander ins Gespräch kommen konnten.

Die AG Kirche – selbst mit klarer Haltung zu Blockaden und Protest in Sicht- und Hörweite in Sachsen erkennbar – entwickelte unter dem Motto „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Nazis stoppen überall“ eigene Formate wie Friedensgebete und Mahnwachen, gab Handreichungen heraus und war auf der Tagung „Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft“ ein allseits akzeptierter Vermittler und Impulsgeber für die Diskussionen.

Die Tagung wandert durch sächsische Städte, vorbereitet mit jeweils regionalen Partnerinnen und Partnern. Für das Konzept spricht die hohe Beteiligung – 150 bis 180 Teilnehmende tauschen sich Jahr für Jahr auf den Tagungen aus – und die positive Bewertung der Veranstaltung bei den Auswertungsgesprächen.

Angehörige der Polizei, verantwortliche Haupt- und Ehrenamtliche aus den Kirchen und Vertreter/innen zivilgesellschaftlicher Vereine und Initiativen sind die Hauptzielgruppen der Tagung. Darüber hinaus nutzen Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen der Verwaltung und politisch Verantwortliche die Veranstaltung als Fortbildung.

Ziel der Tagung ist, dass sich Verantwortliche und Mitarbeitende unterschiedlicher Bereiche über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg gegenseitig wahrnehmen und kennenlernen. Nach dem Auftaktimpuls zum Thema legale und legitime Protestformen erweiterte die Tagung ihr inhaltliches Spektrum: Sie soll Menschen, die im Alltag häufig nicht miteinander reden, zu den Themen Demokratiestärkung, Demokratiegefährdung und menschenfeindliche Erscheinungen in den Regionen ins Gespräch bringen, ihnen den Perspektivenwechsel ermöglichen und die Möglichkeit geben, gemeinsame Präventionsprojekte oder Fortbildungen zu verabreden. Zivilgesellschaftliches Engagement ist in den sächsischen Regionen unterschiedlich stark ausgeprägt und wird nicht überall gleichermaßen gewollt und unterstützt. Auch hier setzt die Tagung einen wichtigen Akzent: Sie bestärkt und unterstützt das ehrenamtliche und hauptamtliche Engagement von Menschen aus Kirchen und zivilgesellschaftlichen Vereinen für ein demokratisches und friedliches Miteinander in sächsischen Städten und Gemeinden. Von jeder Tagung geht ein klares Signal für die Solidarität mit Betroffenen rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt aus.

Die Themenschwerpunkte der Tagung setzen die lokalen Akteure jährlich neu. Was brennt in der Region unter den Nägeln? Worüber konnte man bisher nicht miteinander sprechen? Welche neonazistischen oder rassistischen Erscheinungen beobachten

lokale Initiativen, die örtliche Kirchgemeinde oder das Polizeirevier?

Die Tagung beginnt jeweils mit Impulsvorträgen. Im letzten Jahr in Torgau widmeten sich die Impulse den Themen „Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus im ländlichen Raum“ und „Bin ich links(extrem), wenn ich gegen Rechts(extremismus) bin?“ Anschließend wird in zehn Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen diskutiert. Im vergangenen Jahr stand die regionale Neonaziszene mit ihren Aktivitäten im Kampfsport, im Rockermilieu und dem Musikgeschäft im Mittelpunkt. Aber auch „Best Practice – Beispiele gegen Rechts – wie kann Bürgerengagement für Demokratie gelingen?“ wurden diskutiert.

Die Schirmherrschaft für die Tagung übernahmen in den vergangenen Jahren jeweils Persönlichkeiten der Bundespolitik oder von bundesweit agierenden Vereinen wie dem Verein „Gegen das Vergessen – für Demokratie e. V.“

Die bisherigen Tagungen trugen zu einem gewachsenen Vertrauen zwischen Polizei, Kirche und Zivilgesellschaft bei, Kooperationen sind entstanden, neue Partner/innen wurden gewonnen. Die Kirche als Einlader bzw. im konkreten Fall die „AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus“ ist die Garantie dafür, dass alle drei Zielgruppen gleichermaßen erreicht werden. Spürbar wird das am gewachsenen Vertrauen zwischen den Teilnehmenden. In den Workshops gelingt zunehmend der Perspektivenwechsel auf die Situation der jeweiligen anderen Gesprächspartner/innen. Deutlich wird das beispielsweise an den Polizeieinsätzen rund um den 13. Februar. Hier berichten Polizistinnen und Polizisten von schwierigen Einsatzlagen aufgrund von Personalmangel und auch über Ängste, die sie haben, wenn sie Menschen in Blockaden gegenüberstehen. Die Vertreter/innen der Zivilgesellschaft, u. a. auch die Pfarrer/innen und Gemeindeglieder, die sich den legitimen, aber nicht immer legalen Protesten, wie z. B. friedlichen Sitzblockaden, anschließen, berichten über ihre Ängste vor Polizeiübergriffen, Verhaftungen und persönlichen Konsequenzen. In Workshops stellte die Polizei auch Einsatzlagen und Deeskalationsmöglichkeiten wie z. B. Kommunikationsteams oder weithin klar verständliche Durchsagen und Kommentare zu polizeilichem Verhalten vor, was bei den Demonstrationsteilnehmenden die Akzeptanz von Polizeiarbeit erhöht. Auch in den Reihen der Polizei entstand durch diese Gespräche ein Verständnis dafür, dass die Menschen, die sich legitimer Mittel wie Blockaden bedienen, Grundrechte wahrnehmen, vor allem und gerade wenn der Staat in seinen Handlungsmöglichkeiten zur Auseinandersetzung mit Neonaziaufmärschen hier eingeschränkt ist.

Zur positiven Resonanz innerhalb der Polizei trägt u. a. auch bei, dass innerhalb der Polizei diese Tagung als Fortbildung anerkannt wird.



Proteste gegen Rassismus

Zurzeit bereitet die „AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus“ die sechste Tagung für den 27. April 2015 in Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) vor. Das Schwerpunktthema Asyl in diesem Jahr ist von hoher Aktualität und verspricht spannende und sicher auch kontroverse Diskussionen.

Insofern ist Kirche als Vermittler im Bereich der politischen Bildung tätig und hat mit ihrer Vermittlerrolle zwischen Polizei und Gesellschaft eine Austauschplattform geschaffen, die auch von anderen Bundesländern gerne genutzt werden kann.

Mehr Informationen zum letzten Fachtag in Torgau finden sich unter <http://www.kirche-fuer-demokratie.de/cms/website.php?id=/de/aktionen/2014fachtag.htm>. Auf dieser Seite finden Sie in Kürze auch die Einladung zur diesjährigen Tagung „Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft“.



Infostand der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus